

„Sprache.“ Und die „Sojerta Torunsko“ in Thorn jag aus diesen, allen Polen geläufigen Aufzeichnungen nur die tragische Folgerung, wenn er am 5. Oktober 1840 den „Deutschen, welche der katholischen Kirche aufrichtig anhängen“, den Rat gab, „Polnisch zu lernen und bei der durch und durch katholischen polnischen Nation Anlehnung zu suchen.“ Dafür sprachen, so meinte das katholische Blatt, „die Logik und der gesunde Menschenverstand.“ Die nationale liberale heftigkeit der Polen in kirchlichen Dingen geht so weit, daß sie sich — wie zum Beispiel wieder vor der Generalen Straßkammer 1861 bezeugt wurde — sogar vielfach für dem Glauben verzeihen, Christus in der Person der Mutter Gottes zu sehen. Die „Polen“ gewissermaßen daran hat sich — wie wieder die Schmutzgerichtsverhandlung in Stolp gezeigt hat — bis heute durchaus nichts geändert. Besonders die Abhempelung der Jungfrau Maria als „Polin“ gehört zum gebräuchlichsten Rüstzeug der polnischen, sich an die einfache ländliche Bevölkerung wendende Agitation. Unterliegt wird diese Aktion durch die von den meisten Polen als geschichtliche Tatsache angesehene Legende von der Vertreibung Schemen aus gegen die Schwestern durch die Jungfrau Maria, weshalb diese im Jahre 1656 in Lemberg zum polnischen König zur „Königin der Krone Polens“ gekrönt worden ist. Aus diesem „Titel“ einer „Königin der Krone Polens“ ist in der geläufigen polnischen Formel eine „Königin Polens“ geworden; und es liegt auf der Hand, daß sich infolge der ständigen Wiederholung dieser Formel in zahllosen Zeitungsartikeln, Büchern, Gebeten und Gebieten im einfaches, gläubigen Volke — und nicht nur in diesem

— der Glaube hat festsetzen können, daß die Jungfrau Maria als „Königin Polens“ auch eine „Polin“ gewesen sein muß, daß sie nur „Polnisch“ versteht und nur für diejenigen bei Gott Fürsprecherin ist, die sich im polnischen Gebet an sie wenden.

In all diesen Worten und Geschichten leben die Ideen der klassischen Periode der polnischen Literatur fort, die Polen als „Messias unter den Völkern“ geehrt hat, die dessen „Leiden unter fremder Knuschnoff“ dem Leiden Christi gleichgestellt und jenes legendäre Polen erkunden hat, das sich selbst als „die Vorwauer der Christenheit“ gegen das östliche Barbarentum und — wegen des preußischen Protestantismus verheißt und das seine „künstlerische“ Glorifizierung in solch geschmacklosen Darstellungen wie zum Beispiel der nebensächlich wiedergegebenen „Pölkarte“ findet. Diese im Original gezeichnete Karte, die aus einer Serie ähnlicher, überall in Polen käuflicher Pölkarten stammt, soll die Auferstehung Polens darstellen: Ein Grabgewölbe, aus dem hoch aufragend, die Auferstehung anknäpft, hervorbricht, bevor die Engel als Helfersinnen und Rinderinnen des Wunders und die preußischen Schergen, die vom Glanz der Auferstehenden gebildet, zu Boden stürzen — und darunter steht: „Christ ist erstanden, allmächtig über den Schemen kann man nicht streiten — aber an der Geistesverfallung, die sich in dieser Gleichstellung der Auferstehung Christi mit der Erneuerung Polens bekundet, kann nur derjenige keinen Anstoß nehmen, der den Wert der religiösen Firmung eines Menschen ausschließlich nach spezifisch nationalpolnischen Maßstäben mißt.“ Dr. R.

Pfarrer Domanski berichtigt.

In „Ostland“ Nr. 24 und Nr. 27 hatten wir aus der ausgezeichneten Proschüre von Sr. W. von Oergen „Polen an der Arbeit“ einige Auszüge gebracht, die sich mit den Vorlesungen des „Polenbanns“, Pfarrer Dr. Domanski in Zakrymo, Kreis Slatow (Grenzmark) befaßten. Diese Abhandlung aus der von Oergen Proschüre fand auch in einer ganzen Reihe anderer Blätter nachgedruckt worden. Pfarrer Dr. Domanski hatte einigen dieser Blätter bereits eine „Berichtigung“ zugehen lassen. Wir hatten die „Jung“, ohne das uns von Dr. Domanski eine entsprechende Aufforderung zugegangen wäre, inhaltlich bereits in „Ostland“ Nr. 30 veröffentlicht, da wir unseren Lesern natürlich die Meinung des Pfarrers Dr. Domanski nicht vorenthalten wollten. Die „Berichtigung“, die Dr. Domanski uns nun noch nachträglich zukommen lassen, wäre damit ja eigentlich überflüssig. Sie lautet:

Zu dem Artikel mit der Überschrift: „Der liebe Gott des Pfarrers Domanski“ in Nr. 24 vom 10. Juni 1932 erklärte ich:

Es ist 1. unmöglich, daß ich den Standpunkt vertritt, mein Sprengel, ja, sogar ganz Ostpreußen ist ein nichtchristlich von Polen losgerissener Teil des polnischen Staates. Es ist 2. unmöglich, daß ich je gesagt habe: „Wir Polen auf deutschem Gebiet fürchten uns nicht vor der deutschen Regierung; denn in unserm geliebten Polenland sind ja auch die Deutschen. Wenn uns hier einmal etwas passiert, können wir damit rechnen, daß wir es ihnen auch vergelten.“ Es ist vielmehr wahr, daß ich mich stets als deutscher Staatsbürger gefühlt, nie vom „geliebten Polenland“ abwich, in diesem Zusammenhang höchstenfalls „Polenpolen“ gesprochen und nie im vorerwähnten Sinne von „Vergeltung“ geredet habe.

Es ist 3. unmöglich, daß nach meinen Darlegungen der liebe Gott als Völkergott, die Muttergottes als polnische Königin erschien, sowie, daß ich ein Tropfen des Falles bin; es ist vielmehr wahr, daß ich nie die vorerwähnten Darlegungen gemacht habe, sowie, daß ich für den Völkergott eintrat, u. a. m. überhaupt. Es ist allmonatlich unentgeltlich eine Bl. „Alle zum Heil. Deren Ziel für den Völkergott und seit Jahren außer der vom Hl. Vater angeordneten Roeme zum Hl. Geist eine meile Roeme von 1. Pfingsttage ab am Einkieit unter den Christenmännern halt.

Es ist 4. unmöglich, daß ich je gesagt habe: „Wer ein wahrer Katholik werden soll, dem gibt der liebe Gott schon die polnische Jung mit auf die Welt. Ein Katholik, der nur deutsch spricht, ist demnach dem Protestant gleichwohl.“ Es ist vielmehr wahr, daß ich nie auch nur eine ähnliche Äußerung getan und im Gegenteil meinen Pfarrkindern wiederholt den Glaubenssatz deutscher Katholiken als Muster vorgehalten habe.

Es ist 5. unmöglich, was in dem Artikel über meine angeblichen Äußerungen und mein sonstiges angebliches Verhalten im Berichtsbuch berichtet ist.

Zakrymo, am 29. Juli 1932.

Dr. Domanski, Pfarrer.

Da sich die „Berichtigung“ nicht mit Äußerungen, die wir selber über Pfarrer Dr. Domanski getan haben, befaßt, sondern sich mit den Vorlegungen der erwähnten von Oergen Proschüre befaßt, haben wir den Verfasser dieser Proschüre um Stellungnahme gebeten. Herr von Oergen bemerkt zu der „Berichtigung“ folgendes:

„Da ich nicht annehme, daß die Schriftleitung des „Ostland“ Herrn Pfarrer Dr. Domanski den Gefallen tun wird, seine „Berichtigung“ abzulehnen, weil sie in keiner Weise den pregeheiligen Vorlesungen entspricht, will ich das, was Herr Domanski als unmöglich bezeichnet, mit den nachstehenden Äußerungen, die etwas härter und teilweise erwiebert. Ganz allgemein möchte ich bemerken, daß in dem Kapitel „Der liebe Gott des Pfarrers Domanski“ meinen mündlich zitierten Ausführungen des Pfarrers Domanski und meinen Schlussfolgerungen zu unterscheiden ist. Für alle in Anführungszeichen mündlich zitierten Äußerungen von Domanski stehen Zeugnisse zur Verfügung, die zum Teil in bedürftig geprüften Protokollen niedergelegt haben. All diese Zitate halte ich deshalb vollständig aufrecht. Eine ergründete Erwägung und Ermöterung der von mir zitierten Rolle Domanskis findet sich in den Anlagen zur deutschen Antwortkarte auf die Beschwerte des „Polenbanns“ an den Völkerratsrat. Hier ist in leidenschaftlicher Sachlichkeit protokolliert festgelegt, wie Domanski sein Amt aufstößt und wie er es ausübt. Man ersieht j. B., daß er es duldet, wenn seine Schmeiler — in seinem Pfarrhaus — als Vermöter des Volkes mit den Mitteln wirtschaftlichen Druckes bei Vorlesungen angelegentlich u. a. für die polnische Sache „wirkt“. Pfarrer Domanski muß widersprechen, daß er nicht machen wollen, zu bezeugen, daß dieselbe keine geistliche vorgelegte Beschwerte zu widerlegen. Malen ersieht auf ihn einwirkern verliert hat. Wenn Pfarrer Domanski nun glaubt, meine Schlussfolgerungen wie die, daß er ein Tropfen des Falles sei oder andere „berichtigen“ zu können, so glaube ich bereits mit dem Material, das meine Schrift bringt, die volle „Berichtigung“ zu veranlassen Schlussfolgerungen erörtern zu haben. Ich habe nur deshalb darauf verzichtet, mehr Material über Pfarrer Domanski zu bringen, was sehr wohl möglich gewesen wäre, weil es sich für mich nicht um einen Kampf gegen die Person dieses Geistlichen handelt, sondern darum, daß ich in Pfarrer Domanski einen besonders typischen Vertreter einer bestimmten Geistlichkeit sehe. Auf diese Geistlichkeit wollte und mußte ich die deutsche Öffentlichkeit aufmerksam machen.“

Sr. W. von Oergen.“

Dem haben wir von uns eigentlich nichts hinzuzufügen. Wir erinnern nur noch daran, daß Herr von Oergen in der Erwiderung, die er auf die „Berichtigung“ Dr. Domanskis in den „Zeitschriften Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht hat, bereits hervorgehoben hat, daß eine pregeheilige „Berichtigung“ nicht objektiv, sondern nur subjektiv ist und es begreifen würde, wenn Pfarrer Domanski nicht mit nachfolgenden Berichtigungen arbeitet, sondern gegen ihn vorgehen würde.

Die polnische Minderheit bei der Reichstagswahl.

Wie in den preußischen Ostprovinzen (siehe „Ostland“ Nr. 32, Seite 383), so ist auch in den übrigen Wahlkreisen, in denen für die Reichstagswahl polnische Listen aufgestellt waren, ein Rückgang der polnischen Stimmen zu verzeichnen, wie aus nachstehender Übersicht hervorgeht, die die polnische Stimmenzahl vom 31. Juli d. J., in Klammern diejenige vom 24. April d. J. und den polnischen beiden Wahlen eingetragenen Rückgang angibt:

Wahlkreis Berlin	790 (1456)	666
Wahlkreis Potsdam I	186 (278)	92
Wahlkreis Potsdam II	322 (533)	211
Wahlkreis Westfalen Nord	2423 (4109)	1686
Wahlkreis Westfalen Süd	3515 (7651)	4136
Wahlkreis Düsseldorf Ost	1041 (1619)	578
Wahlkreis Düsseldorf West	2040 (3618)	1578

Daraus geht hervor, daß es auch in Berlin und im Ruhrgebiet mit der „polnischen Volksgemeinschaft“ weiter bergab geht. Gegenüber dem Abstammungsergebnis vom 24. April d. J. ist die polnische Stimmenzahl in den eroberten sieben Wahlkreisen um etwa zwei Fünftel gesunken.

Die polnische Minderheit ist in voller Aufregung begriffen. Es bedarf zur Förderung dieses Aufwühlprojektes keines Eingriffes von deutscher Seite. „Die nationalen Grundgedanken der polnischen Volksgemeinschaft geben in die Brüche... Die Zahl der Stimmen geht dauernd zurück; die polnische Minderheit verringert sich zahlenmäßig, sie geht wirtschaftlich zugrunde und befindet sich im Zustand einer völligen wirtschaftlichen Abhängigkeit. Die Ergebnisse der polnischen Parteipropaganda sind verheerend klein, das Bewußtsein der polnischen Zugewandtheit ist minimal.“ Das fand am 27. Juli d. J. in der „Polonia“, dem Rattovener Blatte Konstanty. Die „Polonia“ biegt diese Sätze mit einer Auffassung der polnischen Wahlstimmen von 1912 bis 1932: Im Jahre 1912, als die Frauen noch kein Wahlrecht besaßen, hat es in Deutschland heutigen Umfanges 111 000 polnische Wähler gegeben. Unter dem ersten Eindruck der hostilen Erneuerung Polens konnte die Elite der polnischen Minderheit bei den Reichstagswahlen der Jahre 1928 bis 1932 noch 140 000 Stimmen auf sich vereinen. Die Stimmverteilung folgte ihr nach. So schied mit der Polen keine der Grenze, ganz wie die Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutschland erkannt, daß der Staat, der dort entstanden war, nicht das Vaterland war, für dessen Befreiung von der „preußischen Fremdherrschaft“ sie zu kämpfen geglaubt hatten. Unter dem Eindruck dieser enttäuschenden Erkenntnis schied die polnische Minderheit unaufhaltsam zusammen. Von den 140 000 Stimmen der ersten Reichstagsjahre sind bei den Abstammungswahlen vom April d. J. noch rund 37 000 übrig geblieben. Wenn man nun berücksichtigt, so

fährt die „Polonia“ in ihrer Betrachtung fort, daß im Jahre 1912 in Preußen insgesamt 6 649 000, bei den letzten Abstammungswahlen aber über 22 Mill. Stimmen abgegeben worden sind, so müßten bei Zugrundelegung des gleichen Zuwachsvorhältnisses bei der polnischen Wählerwahl im April d. J. mindestens 350 000 Stimmen für die polnisch-katholische Elite abgegeben worden sein. In Wirklichkeit sind es — wie erzu-
 *
 letzten Reichstagsabgaben am meisten 40 n. h. zurückgegangen. Die Zahl der polnischen Stimmen ist auf ein Viertel ihres noch in den ersten Reichstagsjahren behaupteten Bestandes gesunken; sie beträgt etwa ein Sechstel der Zahl, welche die „Polonia“ als theoretisch mögliche Minderheitszahl errechnet hat!

Es entspricht vollkommen der marxistisch-leninistischen Einstellung der „Polonia“, daß sie die Ursachen dieser fortwährenden Wahl-niederlagen in erster Linie in den vom Polenbund geübten verhängnisvollen Methoden der sachlichen und personellen „Politik“ sucht, die „eine Atmosphäre nationaler Entmutigung oder politischer Gleichgültigkeit erzeugen“. Die Bürokratie des Polenbundes, schreibt die „Polonia“ weiter, ließe ihre Taktik über die Schreibstifte nicht hinaus; sie lasse es an Propaganda fehlen, besitze eine „äußerst elend redigierte „Presse“ und jage, während sich in Deutschland die tiefgreifendsten sozialen und politischen Umwälzungen vollziehen, irgendwelchen unerfindlichen Schimären nach, oder besäße sich mit unmetaphorischen Reinkünften“. Schon recht! Wenn aber die „Polonia“ damit sagen will, daß eine andere Führung die fortschreitende Auflösung der polnischen Minderheit aufhalten imstande sein würde, dann muß man das doch stark bezweifeln. Die Zahl der Wähler, für die Polen eine politische Führung bedeutet und die sich dem natürlichen Zug der freiwilligen Einbeziehung widersetzen, wird ständig geringer. Die Opposition, die sich allenfalls gegen das „System Raczyński“ regt, erwacht zwar nach einer Äußerung Raczyński aus bloßem Futterkripen. Der tiefere Grund ist aber wohl der, daß es der polnischen Minderheit an innerer Lebenskraft und an einer belebenden Idee fehlt, die imstande wäre, die national Schwankenden ins polnische Lager hinüberzuholen. Damit ist nicht gesagt, daß es nun für Deutschland überflüssig wäre, sich mit dieser Minderheit zu befassen. Von den im Polenbund und seinen Zweigen und Unterorganisationen zusammengefaßten Angehörigen der polnischen Minderheit haben wir die Erfahrung gemacht — nicht wenige ihre durchaus deutschfeindliche und staatsgefährliche Gesinnung zu erkennen gegeben. Gerade der Mißerfolg bei den Wahlen ist dazu geeignet, die Aktivität, die mit j. c. recht merkwürdigen Mitteln von den polnischen Organisationen auf finanzieller, kirchlicher und schulpolitischem Gebiete bisher schon entwickelt worden ist, zu verfrachten.

Wirtschaft in Polen.

In der „Gazeta Handlowa“ beschäftigt sich der Direktor der Industrie- und Handelskammer Bromberg in einem längeren Aufsatz mit der Lage Polens und Pommerns. Die Ergebnisse, zu denen er kommt, sind niederschmetternd. Der Verlust der guten Anbauern und Konsumanten aus der Backsteingasse (Berlin usw.) sowie die erheblich höhere steuerliche Belastung als in anderen Teilgebieten Polens haben Polen und Pommern in eine besonders schwierige Lage gebracht. Die relative Verarmung dieser beiden Provinzen seit 1920 sei am stärksten in ganz Polen. Die Banken in den ehemals preußischen Teilgebieten hätten in der Zeit des Aufbaus des polnischen Staates ihr Vermögen in Form von Krediten dem Osten Polens zur Verfügung gestellt und dabei riesige Verluste erlitten, so daß ein erheblicher Teil der Banken heute zur Liquidation gezwungen müßten. Die Verluste der Banken werden auf eine Viertel-milliardi Zloty geschätzt. Zahlreiche früher blühende Industriezweige seien zum Gode verurteilt. Die früher außerordentlich entwickelte keramische Industrie produziere nur noch wenige Prozent ihres früheren Produktionsniveaus. Die Soling-dustrie sei durch die von staatlicher Seite betriebene Politik, die Sägemarkindustrie Ostpolens zu bevorzugen, erschlagen worden. Die weisse polnische Holzindustrie sei deshalb völlig verfallen. Handel und Industrie mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, die dank der hohen Agrarkultur der ehemals preußischen Teilgebiete besonders hoch entwickelt waren, seien völlig abgelehrt. Die Liquidation der Spiritus- und Zuckindustrie, die beide Monopolunternehmen gewesen sind, hätten die Wirtschaftslage noch weiter erheblich verschlechtert. Die verarbeitenden Betriebe der Industrie seien von der Monopolverwaltung nach Ostpolen verlegt worden.

Der von Polen in den letzten Jahren mit allen nur erdenklichen Aufstrengungen betriebene Ausbau der Kohlenbahn Ober-schlesien — Silesien, deren Fertigstellung ein neuer schwerer Schlag gegen Danzig werden sollte, hat einen bemerkenswerten Rückschlag erlitten. Nachdem die Verhandlungen über die weitere Finanzierung des Bahnbaues durch fran-zösisches Kapital vorläufig gescheitert sind, hat die Bohmbahn-Gesellschaft ein Programm für die Einschränkung des weiteren Ausbaues der Strecke aufgestellt. Danach soll im laufenden Jahr nur

nach der Abfahrt Hohenjasa—Krauschwitz zur Ausführung kommen, und zwar nur einseitig. Wenn die ganze Bahnstrecke zweigleisig für den Kohlentransport zur Office in Verwendung genommen werden kann, ist danach noch und keinen Lebens- und Unterhaltungsleistungen zusammengefaßten Angehörigen der polnischen Minderheit haben wir die Erfahrung gemacht — nicht wenige ihre durchaus deutschfeindliche und staatsgefährliche Gesinnung zu erkennen gegeben. Gerade der Mißerfolg bei den Wahlen ist dazu geeignet, die Aktivität, die mit j. c. recht merkwürdigen Mitteln von den polnischen Organisationen auf finanzieller, kirchlicher und schulpolitischem Gebiete bisher schon entwickelt worden ist, zu verfrachten.

In Prag finden seit einiger Zeit wieder einmal Wirtschaftsschulungen in der Tschechoslowakei über Fragen der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr statt. Die Ursache ist eine Verfügung der Prager Regierung, durch die polnische Kohlen und Eier auf die Liste der entbehrlichen Waren gesetzt wurden.

In diesem Monat begibt sich eine polnische Handelskommission unter Führung des Direktors des polnischen Exportinstitutes M. Curski nach Nordafrika, um die französischen Kolonien zu besuchen. Die Kommission soll die polnischen Exportmöglichkeiten nach Afrika studieren und die Beteiligung von Handelsverbindungen zwischen Polen und der afrikanischen Küste vermitteln.

Die polnische Handelsflotte besteht nach den Angaben der „Polka Gospodarcza“ j. J. aus 33 Schiffen mit einem Gesamtvermögen von 67 000 Gr.-Reg.-E. Sie hat in den letzten drei Jahren 616 180 Tonnen, 856 783 Tonnen und 1 057 992 Tonnen transportiert. Der Anteil der polnischen Handelsflotte am Gesamtverkehr Warenverkehr Polens betrug 1929: 5,26 v. H., 1930: 6,48 v. H., 1931: 7,29 v. H.; er ist also langsam im Steigen.

Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihm helfen? Dann wirf Mitglieder für ihn und Leser für sein „Ostland“. Dadurch fördest Du wirksam unsere gemeinsame Sache.

Der russisch-polnische Pakt.

„Rumänien hofft, daß trotz allem Polen den kürzlich unterzeichneten Nichtangriffspakt mit dem Rätebünd nicht ratifizieren wird“, erklärte in Bukarest bei einem vom „Alte“, Karl Koby, veröffentlichten Fragegespräch der rumänische Ministerpräsident. Zur befragenden Frage bemerkte er, daß diese keine diplomatische Frage für Rumänien sei, sondern es handle sich hier um das Verbot der rumänischen Brüder, Ausländer aus Rumänien zu verhaften. Diese Ausländer sind die rumänischen Chäfs ergibt sich, daß die Aussicht auf einen Erfolg der rumänisch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes außerordentlich trübe sind.

Wie in Rumänien, so hat auch in Litauen der Abschluß des russisch-polnischen Paktes Unruhe und Mißtrauen geweckt. Wird Polen, so fragt man sich dort nicht ohne Grund, seine aggressive Tätigkeit gegenüber Litauen verstärken? Die Absicht, die bei allen politischen Gruppen Polens dieselbe ist, Litauen in irgendeiner Weise mit Polen zu vereinigen, ist noch heute dieselbe wie in den Tagen, in denen die beiden Staaten durch Deutschland geschaffen wurden. Für den kommenden Kampf um Deutschlands Ostgrenzen braucht Polen den litauischen Nachbar, der auch der Nachbar Ostpreußens ist, mehr denn je. Die Versuche, die seit dem Handstreich auf Wilna zerfallenen Säden polnischer Kronna und Warschau wieder anzuknüpfen, sind immer wieder unternommen und so auch in letzter Zeit wieder erneuert worden. Politische Persönlichkeiten, die Pilsulski nahesteht, so Prof. Lednicki und der Schriftleiter des „Kurier Wileński“, Okulicki, sind kürzlich „preisig“ in Litauen gewesen, haben aber nichts amtlisch feststellen lassen. In Litauen sind die Beziehungen mit den polnischen Persönlichkeiten Litauens gespannt. Sie haben Fühlung mit den litauischen Kreisen gesucht, die, wie die Klerikalen und Handelskreise, Neigung zeigen, Frieden mit Polen zu schließen. Es ist nicht ganz klar, ob die kürzlich erfolgte Verhaftung des Führers

der litauischen Klerikalen mit diesen Verhandlungen im Zusammenhang steht. Neben der Befürchtung, daß Polen, wenn es sich durch den Pakt mit Moskau an den Ostgrenzen entlastet hat, mit größerem Nachdruck dieser unterirdischen Verarbeitung zuwenden wird, steht die andere Befürchtung, daß Litauen aus dem Pakt wirtschaftliche Nachteile erwachsen. In Warschau vertritt man sich von dem politischen Friedensschluß mit Rußland eine Erhebung des russischen Transitverkehrs durch Polen. Der Verkehr würde in erster Linie Litauen feilen. Es wäre für Litauen angestrebt, seinen allgemeinen mäßigen Wirtschaftslage äußerst schmerzhaft, wenn es den russischen Transit, der ihm nicht überhebliche Gewinne einbringt, einbüßen müßte.

Wirtschaftliche Bedenken kann der russisch-polnische Pakt übrigens auch in Deutschland auslösen. Die polnische Regierung erwartet dem Pakt offenbar günstigere Bedingungen für den Abschluß polnischer Industrieerzeugnisse in Sowjetrußland und andererseits eine Beunruhigung des politischen Verhältnisses zwischen Berlin und Moskau; das deutsche Export nach Rußland zu ihrem geeignet ist. Der polnische Export in die Sowjetunion ist seit dem Sommer letzten Jahres fast vollkommen ins Stocken geraten, was sich vor allem auf die oberberleisliche Eisenindustrie, die etwa die Hälfte ihrer Produktion nach Rußland exportiert hatte, in der verhängnisvollen Weise ausgemerzt hat. Demgegenüber ist die deutsche Ausfuhr nach Sowjetrußland in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen: sie hat im Jahre 1929: 353,9 Mill. RM., im Jahre 1930: 336,6 Mill. RM., und im Jahre 1931: 642,2 Mill. RM. betragen; der Anteil an der Ausfuhr nach Rußland am deutschen Gesamtexport hat sich vermindert im ersten Vierteljahr 1931 auf 5,3 v. H., in der gleichen Zeit des gegenwärtigen Jahres dagegen auf 10,5 v. H. belaufen. Es ist verständlich, daß Polen den Wunsch hat, als Handelspartner der Sowjetunion an Deutschlands Stelle zu treten.

Die Lage Danzigs.

Polnische Warensperrung gegen Danzig.

Für die zur Einfuhr nach Polen verbotenen Waren stellt Polen Einfuhrkontingente auf, die durch die dem polnischen Handelsministerium unterstellte Zentraleinfuhrkommission auf die einzelnen Handelskammerbezirke verteilt werden. In der Kommission sind die einzelnen Handelskammern — auch die Handelskammer zu Danzig — vertreten, die die Untererteilung der ihnen zugewiesenen Kontingente auf die einzelnen Sirmen vornehmen. Die Einfuhrkontingente selbst stellt der polnische Handelsministerium aus. Außerdem erteilt die Außenhandelsstelle der Freien Stadt Danzig Einfuhrbewilligungen zur Deckung des Danziger Bedarfs. Seit Bestehen der Zentraleinfuhrkommission (das heißt seit dem Jahre 1925) haben die Danziger Großhandelsfirmen für den Handel nach Polen, wenn auch in sehr starkem Umfang, Einfuhrkontingente erhalten. Als Polen Anfang dieses Jahres den Streit über die Danziger Bedarfskontingente anhängig machte mit dem Ziel, das Danzig im Warschauer Abkommen gewährte Recht der Aufstellung eigener Bedarfskontingente zu befestigen, trat die erste Einschränkung bei der Zuteilung polnischer Einfuhrkontingente an die Danziger Sirmen ein. Die Danziger Sirmen mußten sich verpflichten, allgemein auf die Danziger Bedarfskontingente zu verzichten, wenn sie noch weitere Einfuhrbewilligungen zum Handel nach Polen von der polnischen Regierung erhalten wollten. Die Sirmen, die auf den Handel nach Polen angewiesen waren, blieben aber alles übrige, als auf die Danziger Kontingente zu verzichten. Immerhin waren es noch rund 150 Danziger Sirmen, die nach Abgabe der Verzichtserklärung bis vor kurzem polnische Einfuhrkontingente bezogen haben. Von diesen 150 Sirmen sind 120, also der Zahl nach 80 v. H. gesperrt. Dieser Prozentsatz erhöht sich auf 90 bis 95 v. H., wenn man die Sirmen nach ihrer Bedeutung und ihrem Interesse an den Kontingenten einteilt. Gesperrt sind sämtliche großen Kolonialwarenen- und Lebensmittelimporteure, Wein- und Fischhändler und andere Sirmen aus den verschiedensten Branchen. Gesperrt sind auch große Industriebetriebe, so zum Beispiel sämtliche Schokoladen- und Zuckfabriken, soweit sie nach Polen liefern, ferner die alleingelassenen Danziger Fischkonzerne, einige Seifenfabriken und andere Betriebe mehr. Alle diese Sirmen haben ferner unter dem Druck der Verhältnisse die Unterstützung auf die Danziger Kontingente abgelehnt. Erhebend sind sie in Polen gesperrt worden. Irgeendwelche Gründe für die Sperrung sind bisher von der polnischen Regierung nicht angegeben worden.

Der Danziger Großhandel ist somit von dem Handel nach Polen mit einfuhrkontingentierten Waren und Waren, deren Handel fast ausschließlich wichtigen Importeuren — plötzlich abgebrochen. Daß die Sperrung den Charakter einer Rumpfungnahme trägt, geht aus deutlichsten aus den Folgen heraus, die sich für die gesperrten Industriebetriebe ergeben. Die Schokoladenindustrie muß zum Beispiel notwendigerweise gewisse Rohstoffe, wie Kaffee und Mandeln, die

Eisenindustrie bestimmte Öle, aus dem Zollausland einführen, weil sie im Inland nicht gewonnen werden. Die polnische Regierung verteidigt aber, indem sie den Streit über die Danziger Bedarfskontingente anhängig gemacht hat, den den Verträgen widersprechend, daß ein Teil der Danziger Industrie hergestellten Erzeugnisse nach Polen nicht geliefert werden dürfe, wenn auch nur zu einem geringen Teil Waren verwendet wurden, die auf Danziger Einfuhrbewilligungen bezogen worden sind. So ist zum Beispiel die Einfuhr von Rüben, Mandeln und Ölen verboten; diese können aber auf Grund einer Danziger oder einer polnischen Einfuhrbewilligung eingeführt werden. Auf Grund einer Danziger Einfuhrbewilligung können die Danziger Industriebetriebe die Rohstoffe nicht einführen, weil sie als Ergebnis des Handels mit Polen beschlagnahmt sind. Eine polnische Einfuhrbewilligung wird den Sirmen aber verweigert. Dies bedeutet also, daß den betreffenden Sirmen eine Lieferung nach Polen gänzlich unmöglich gemacht wird. Es ist wohl kein Zufall, daß gerade die brennenden Industriebetriebe gesperrt sind, die am stärksten unter dem Boykott in Polen zu leiden haben.

Polen will auf diese Weise der Entscheidung der Streitfrage über die Danziger Bedarfskontingente vorgehen und Danzig zwingen, das den Danziger Wirtschaftlichen notwendigen Recht der selbständigen wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhr aufzugeben. Polen geht wohl noch von der Annahme aus, daß bis zur endgültigen Entscheidung durch die Völkerbundsanstalten genügend Zeit vergehen wird, um Danzig den politischen Wünschen gefällig zu machen. Um so notwendiger ist es, daß der Völkerbund mit größter Beschleunigung seine Entscheidung trifft, wenn sie noch von praktischem Wert sein soll.

Die Eisenbahndirektion.

Das polnische Kabinett hat endgültig die Verlegung der Danziger Eisenbahndirektion nach Thorn beschlossen. Damit sind die Gesetze von Gdingen abgelehnt worden. Es verbleibt auch bei der Verlegung einer Reihe von Abteilungen nach Bromberg. Für die Verarmung der Danziger Eisenbahnen wird in Danzig ein besonderes Eisenbahnamt errichtet. Der polnische Verkehrsminister hat eine Verlegung über die Errichtung eines besonderen Danziger Büros der polnischen Staatsbahnen beschlossen. Das Büro wird seinen Sitz in Danzig haben, seine Aufgabe wird in der Verarmung des Danziger Eisenbahnnetzes „im Auftrage der polnischen Staatsbahn“ bestehen. Das Büro wird der neu geschaffenen kommerziellen Eisenbahndirektion in Thorn unterstellt sein. Seine Tätigkeit wird das Danziger Büro aufnehmen, noch bevor die Verlegung der Eisenbahndirektion nach Thorn beendet ist. Wie Polen sich im einzelnen die Tätigkeit dieses Büros denkt, ob es z. B. in Danziger Eisenbahnamt nach Danziger Staatsangehörige beschäftigen wird, ob nur die fortbestehenden Delegierungen der Danziger Eisenbahnbeamten durch Polen aufrechterhalten werden, ob nun auch alle die zahlreichen propagandistischen, politischen und militärischen Nebenstellen, die in der polnischen Eisenbahndirektion untergebracht waren, aus Danzig verschwinden werden, das steht noch dahin.

Südost-Eocarno?

Mit Österreich droht es ein tragisches Ende zu nehmen. Die Vauanner Konferenz hat unter der österreichischen Solidonienpolitik, die seit Beginn im Frühjahr 1931 begonnen hatte, um in schon im Herbst desselben Jahres wieder kampflos preisgebenden den Schlüßlich gegogen. Österreich wird eine Anleihe von 300 Millionen Schilling erhalten, wozu ihm jedoch nach Abzug des englischen Vorkaufes von 100 Millionen und des überbrückungskredits der Bank für internationale Zahlungen in Höhe von 90 Millionen 110 Mill. Schilling tatsächlich zufließen werden. Dieser Betrag, der sich durch Anrechnung weiterer, früher nach Österreich geflossener Auslandskredite noch erheblich verringern dürfte, reicht nicht im entferntesten aus, die schwebende Währung zu fixieren oder die österreichische Volkswirtschaft zu beleben; er genügt vornehmlich gerade, um den Auslandschuldenstand Österreichs für die Dauer einiger Monate weiterzuführen. Nach Ablauf dieser Frist wird Österreich von neuem der derselben Situation überlassen wie heute. Für diese 110 oder noch weniger Millionen soll Österreich Verpflichtungen auf wirtschaftliche, finanzielle und politische Gebiet übernehmen, die in ihrer emotionalen Schärfe einem solchen, und die zu verteiligen sich nur eine ärztliche Leberlei alle Parteiliche bereit finden konnte, die es fertig bringt, die Vertreter des großdeutschen Reichesgebankens im Nationalrat mit Hohn und Gelächter zu überhäufen, und der das Voktor der französischen Finanzträgererträge scheint als die Zusammenarbeit mit dem Reich. Österreich wird durch das Vauanner Protokoll den Rest seiner finanziellen und wirtschaftlichen Handlungsfreiheit verlieren: die Einnahmen aus dem Kakabomonopol und den Zöllen werden weiter vergründet, Staat, Städte und Gemeinden dürfen keine selbst keine künftigen Anleihen ohne die Erlaubnis des Völkerrundstatters, Hof von Königen, aufnehmen; der Staatshaushalt und der Haushalt der Bundesbahnen darf nur mit Genehmigung dieses Bevollmächtigten verabschiedet werden; selbst bei der Vergebung öffentlicher Lieferungen durch Staat und Bundesbahnen muß dessen Erlaubnis eingeholt werden; der Nationalbank, die der Druck eines vom Völkerrundstatter befristeten „Vertrats“ des Reiches unterlieft, werden auf finanziellen Gebieten diktatorische Befugnisse gegeben, durch, daß selbst Privatpersonen jede größere Kreditoperation bei ihr anmelden müssen. Es gibt bei Annahme des Vauanner Protokolls für Österreich keine Möglichkeit einer selbständigen Finanzpolitik mehr.

Über das ist noch nicht alles: Österreich soll im Vauanner Protokoll auch ausdrücklich auf den Rest seiner politischen Handlungsfreiheit zugunsten des Völkerrundstatters, als in Wirklichkeit zugunsten der Weltmächte, verzichten. In der Prämisse zum Vauanner Protokoll ist bestimmt, daß die im März 1931 abgeschlossene 1931 enthaltenen Verpflichtungen Österreichs bis zur vollständigen Tilgung der 300-Millionen-Anleihe in Kraft bleiben sollen. Das bedeutet, daß Österreich bis zum Jahre 1933, also um zehn Jahre länger, als in den seinerzeitigen Gensfer Verpflichtungen vorgesehen war, auf alle auf einen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich gerichteten Bestrebungen verzichten soll. Damit wird nicht nur der Anschluß, also der politische Zusammenschluß mit Deutschland, für die Dauer von 20 Jahren verboten, sondern auch — nach dem Haager Schiedsspruch vom September 1931 — die Unmöglichkeit einer Solidonien

zwischen Deutschland und Österreich für dieselbe Zeitdauer ausgeschlossen werden. Dagegen wäre die Möglichkeit einer anderweitigen Lösung der österreichischen Frage, etwa im Sinne des Kardinalen Donauparitätsplans, oder auch im Sinne einer hochbegünstigten Restauration, offen gelassen. Und Deutschland müßte, wenn von Frankreich derartige Pläne verfolgt werden, auf Grund des Vauanner Protokolls nicht mehr in der Lage sein, sich in Gensfer ihrer Verwicklung mit Erfolg entgegenzustellen. Der Art. 9 Absatz 1 des Protokolls besagt nämlich: „Alle Entscheidungen, die der Rat des Völkerrundstatters auf Grund des gegenwärtigen Protokolls zu treffen in der Lage kommen sollte, werden mit Stimmeneinheit beschloffen werden.“ Dieser Artikel, der entgegen der sonst allgemein geltenden Einstimmigkeit in der Beschlußfassung des Völkerrundstatters die einfache Stimmeneinheit vorsieht, liefert Österreich in Zukunft — angesichts der gegebenen Machtverhältnisse in Gensfer — der französischen Politik aus, ohne daß Deutschland noch die bisher vorhandene Möglichkeit hätte, durch seinen Einspruch eine ihm schädliche Lösung der österreichischen Frage zu hindern. Richt einmal das Recht der Anrufung des Haager Schiedsgerichts würde Deutschland in diesem Falle bleiben. Es ist unerschwinglich, wie die deutsche Delegation in Lausanne bei der Abstimmung über das österreichische Protokoll sich der Stimme hat enthalten können. Wenn sie etwa geglaubt hätte, daß das Verklarungsdiktat im österreichischen Nationalrat ja doch abgelehnt werde, dann kann man ihr den schweren Vorwurf nicht ersparen, sich über die Skrupellosigkeit der reichsfeindlichen Christlich-sozialen Partei nicht schämt unterrichtet zu haben. Das Diktat ist am 1. August mit Stimmeneinheit bereits im Ausschuss des Nationalrats angenommen worden.

Es hat gar keinen Zweck, sich zu verheimlichen, daß die Ratifizierung des Protokolls für Deutschland eine Niederlage bedeuten würde, die sich auf die Situation des Reiches verhängnisvoll auswirken müßte. Was die deutsche Delegation in Lausanne nicht verbündet hat und was der Wiener Nationalrat (der freilich nicht mehr im entferntesten die Volksmeinung Österreichs repräsentiert) damit bekräftigen würde, wäre nicht weniger als ein Südost-Eocarno. Deutschland müßte an der einzigen Stelle, die seine Außenpolitik noch einigermaßen offen stand, seine Bewegungsfreiheit verlieren. Der Weg über Österreich in den europäischen Südoften wäre ihm versperrt. Das könnte dazu führen, daß sich diese Länder, da sich ihre Ausflüchte auf ein erfolgversprechendes wirtschaftliches Zusammengehen mit Deutschland verringern, leichter den französischen Organisationsplänen fügen, so wenig diese auch geeignet sein mögen, die lächerlichen Agrarlasten aus ihrer zu einer allgemeinen Katastrophe anzuwandeln. Vor zu befürchten. Die Aussicht für eine Ostdecker, als es für den deutschen Außenband kaum eine andere Entwicklungsmöglichkeit mit Aussicht auf Wahrung der außenpolitischen Selbständigkeit gibt, als nach dem Südosten. In diesem Sinne müßte die Annahme des Vauanner Protokolls als ein Schritt zur handelspolitischen Einkreisung Deutschlands aufgefaßt werden. In Frankreich erwartet man, daß Deutschland durch diese Einkreisung gezwungen sein würde, seine Zukunft zu einer „wirtschaftlichen Annäherung an Frankreich“ nach dem Ruyter Reichsgesetz zu nehmen, das die Gefahr in sich birgt, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch auf den Weg gedrängt wird, auf den Deutschland Österreich jetzt eben von der Regierung Polisch geführt werden soll.

Von den Auslandsjuden.

In Frankreich.

Der in Pens erscheinende „Karabornie“, das Organ der linken polnischen Minderheit im Gebiet von Elie, die sich nach dem Kriege hier angesiedelt hat, führte bitter Klage darüber, daß Frankreich sämtliche arbeitslosen Polen zwangsweise abschiebt, während Polen doch Frankreich gegenüber die freundschaftlichen Gefühle hege und jedem Franzosen in Polen Galterschloß gewöhne. Es sei so weit gekommen, daß in jeder Woche einmal ein Sonderzug für Polen abgehen müsse, die nach Polen abgeschoben werden. Pro Woche müßten zwischen 1500 und 2000 Polen mit ihren Familien Frankreich verlassen.

Auch der Krakauer „Jukunftoway Kurjer Eodzieny“ beklagte sich — wie schon wiederholt — über die französische Minderheitenpolitik. Er beklagte sich kürzlich in einem Artikel über die Entnationalisierung der polnischen Auswanderer in Frankreich. Er wies besonders darauf hin, daß neben den Einflüssen der französischen Schule auch die Bestrebungen der katholischen Geistlichkeit in Frankreich darauf gerichtet sind, die in Frankreich in geschlossenen Siedlungen wohnenden polnischen Arbeiter zu „romanisieren“. Gegenwärtig leben 15 französische Pfarrer von ihren geistlichen Vorgesetzten best. bestimmt worden, die Seelsorge unter den polnischen Auswanderern ausüben. Gleichzeitig werde polnischen Priester, die ihre Volksgenossen in Frankreich betreuen wollen, die Einreise genehmigung verweigert. Das polnische Blatt hegt heroor, daß die französische Missions-

tätigkeit stets mit Französischer Hand in Hand gegangen sei. Diese Missionsmethoden mögen für die Wilden in Afrika noch großem Nutzen sein, die polnischen Auswanderer dagegen müßten sich zu so mehr gegen eine derartige Betätigung der französischen Geistlichkeit wehren, als von der katholischen Kirche in Polen ein besonderes Institut in Polen gegründet worden sei, um Seelsorge für sämtliche Zentlen der polnischen Emigration auszubilden.

In Rumänien.

Vor kurzen fand in Hilokoi in der Bukowina ein Kongress der Führer und Vorstehenden von 60 polnischen Vereinen und Verbänden im Rahmenland (Bukowina) statt, in dem beschloffen wurde, einen Bund polnischer Organisationen in Rumänien zu gründen. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Entschloßungen angenommen, in denen u. a. die „Widererlangung“ polnischer Rechte und die Hebung des polnischen Einflusses in dem verbündeten Rumänien gefordert werden. Viele Tätigkeit wird kaum zu einer Steigerung der beiderseitigen Freundschaftsgefühle in den verbündeten Ländern beitragen.

Ein Verband der polnischen Juden in Leipzig.

Die polnischen Juden in Leipzig haben beschloffen, sich in einem Verband zu vereinen, der mit dem Verbands der dortigen polnischen Arbeiter zusammenarbeiten und die Rechte der in Mitteldeutschland ansässigen polnischen Juden, deren Zahl etwa 20000 (1) beträgt, zu schützen beabsichtigt.

Die Korridor-Aussprache.

Selbstkenntnis.

„Obwohl wir schon vor tausend Jahren, zur Zeit der Morgen-dämmerung unserer Geschichte Meeresküste besaßen (7) und sie während des Abflusses unserer Geschichte mit geringen Unterbrechungen behielten, mit also, geographisch genommen, eine Seemacht waren, so hat sich doch das Verständnis des Wertes des Meeres und des Charakters unserer Seepolitik niemals in ausreichendem Maße entwickelt. ... Das größte Hindernis bei der Ausbildung einer selbständigen Seemacht in Polen und der völligen Ausnutzung der Seekräfte war unsere innere Sozialstruktur, die zum Verfall des Bürgerlums und zur völligen Vorherrschaft des ländlichen Schlichtigentums führte. So ging aus dem alten Polen ein breiter Strom von Holz und Weizen nach dem Meere, aber polnische Seekanäle, polnische Handelsstädte, polnische Handels- und Kriegsmarine, also alles das, was in früheren Zeiten die Grundlage für ein jedes Seevolk bildete, hatten wir so gut wie gar nicht. Unser Volk lebte vollkommen in der Festlandssozialisation, und der damals vorherrschende Typ der Bevölkerung war der des glücklichen Polen, der nicht weiß, was die See ist, da er das Land bebaut.“ So die „Gazeta Warszawska“ am 31. Juli. Nun haben die Polen mit einem Male das Ereignis, Seefahrer zu werden. Auch, daß sie eine Stück Küste besitzen, längere Zeit, von der unter alle polnischen Meere zu sprechen, als ob nicht fast jedes andere Volk, das an der Ostseeküste teilhat, mit größerem Rechte als die Polen von der Ostsee als von „ihrer“ Meere sprechen könnte.

Das Pfadfinderlager.

Am 6. August wurde im Korridor, an einem See in der Nähe von Berent, ein Lager des polnischen Pfadfinderbundes eröffnet, an dem als Gäste Pfadfindergruppen von fast allen europäischen Ländern teilnahmen. Zur Deutschland, Österreich, Spanien und Litauen sind nicht vertreten. Es liegt an der Hand, welche Pflicht Polen mit diesem internationalen Pfadfinderlager verfolgt: Jungen Leuten aus aller Welt soll der rein polnische Charakter des Korridors klargestellt werden; sie sollen mit der Schweiz, England, Dänemark, Norwegen, Schweden und, weber, sie sonst noch kommen können, zurückkehren und dort für ein polnisches Weltrecht am Korridor zeugen. Man wird ihnen Vorträge halten und Material überreichen, das sie für Berichte vor ihren Kameraden und in ihrer heimischen Presse auswerten sollen. Welcher Art die „Aufklärung“, die sie im Lager bei Berent erhalten, ist, das kann man sich denken, wenn man weiß, daß der polnische Pfadfinderbund ganz im Geiste des Weltmarktes bereits schimmelt und daß sein Präsident den Ratgeber der „Gazeta Warszawska“ in Berlin, auf dessen Konto die Mutigen Zerrissenheiten vom Herbst 1930 zu buchen

sind und der sich auch als Leiter und amtlicher Initiator des ober-schlesischen Aufständigenbundes einen Namen gemacht hat. Vom Berentener Lager aus werden die ausübenden Leiter nach Schögen, Ebnen, Polen und Rattumig geführt werden und dort die „polnische Kultur“ kennenzulernen. Nach Kongressholen (zuletzt außer nach Warschau) wird man die Gäste nicht führen, weil ja der Eindruck, den sie dort von der „polnischen Kultur“ haben würden, die günstige Wirkung der „Belästigungsfahrten“ durch die ehemals preussischen Gebietsteile wieder zerstören könnte. Und wenn die Gäste nur dem Ebnener Rathaus leben oder durch die Anlagen der Friedensbrücke gehen, dann werden ihre polnischen Führer kein Wort darüber verlieren, daß das alles nur heilsam und heilsam ist; dann werden sie alles, was deutsche Künstler, Beamte und Arbeiter geschaffen haben, mit der „Bedenklichkeit“ eines Volkes, das seinen kulturellen Aufwand gemeinhinmäßig durch Diebstahl befristet, als polnische Leistung anpreisen. Und kann das alles nicht gleichgültig sein. Wir werden ja niemals verhindern können, daß die Polen ein Pfadfinderlager auf ehemals deutschem Gebiete abhalten. Aber den deutschen Pfadfindern hätte es doch möglich sein sollen, zu verhindern, daß auch englische, italienische und kanadische Pfadfinder diese ausgesprochen deutschfeindliche Veranstaltung des polnischen Pfadfinderbundes besuchen. Nun sind ja die deutschen Pfadfinder noch nicht im Weltpfadfinderbunde vertreten; sie haben also an sich nicht die Möglichkeit einer direkten Intervention. Es hefteten aber doch ausreichende freundschaftliche Verbindungen gerade zu den erwähnten Bundesgruppen, die es ermöglicht hätten, wenigstens bei diesen im deutschen Interesse Einspruch gegen eine Beteiligung am Berentener Lager zu erheben. Nun bleibt noch der Leiter und Berater des Pfadfinderbundes, Fräulein Balaun-Doell, der polnischen Veranstaltung fern. In der Tatsache aber, daß das Berentener Lager den Polen die Möglichkeit einer groß angelegten und erfolgreichen Propaganda bietet, wird durch dessen Fernbleiben wenig geändert.

Propaganda in Holland.

Wie der „Kurier Warszawski“ in einem Brief aus dem Haag mitteilt, hat eine Abordnung polnischer Kaulisten in Holland eine Propaganda auf den Weg für „Polen zu kommen“. Während der Exkursion war der Redakteur der „Polener Zeitschrift „Rupic“ (Der Kaufmann), Guloniski. Es wurden in Amsterdam und Rotterdam große Versammlungen abgehalten, auf denen Guloniski mit den üblichen Argumenten „Polens Recht auf die Seeplätze“ zu begründen versuchte und dabei sich den niedlichen Vergleich erlaubte, daß ja Holland auch nicht ohne seine Küste leben könne, und das holländische Seefahrtswort als polnische „Seefahrtswort“ in England zu verstehen wolle. Daß die Schiffe, Ostsee-Schiffe, ohne holländische und ohne Seekorridor leben können, darauf wurde nicht hingewiesen.

Deutsches Sterben in Ostoberschlesien.

Wer aus Ostoberschlesien über die Grenze nach „drüben“ kommt, der kommt in ein Kampfgebiet, in dem seit zehn Jahren ohne Unterbrechung gekämpft wird um Lebensraum und Lebensrecht der deutschen Minderheit. Dieser Kampf wird launlos geführt, das Kampffeld sieht für den Besucher fast friedlich aus. Aber das Straßenleben in Rattumig, Kienigsbütte, Schwentowitz und Mysłowice flüstert, der spürt noch nichts von dem erbitterten Vernichtungskrieg, der gegen die Deutschen dort geführt wird. Und doch geht der Tod um in Ostoberschlesien. Die Wirtschaftskrise wird rücksichtslos und erbarmungslos für die Vernichtung deutscher Menschen ausgenutzt. Der Hunger geht durchs Land, Sehtende von Arbeitslosen warten auf Arbeit und Brot. Aber vor allen anderen wird der Deutsche von der Arbeitslosigkeit verdrängt, die lang ererbte „Reinigung“ der Industrie merkt, daß Gruben und Werke von den verhassten deutschen Arbeitern, Angeheulten und Beamteten nicht seit einem Jahr unter dem Schutz der allgemeinen Räte systematisch zurückerfüllt. Hinter den Maßnahmen der Behörden, des Vermittlungsausschusses und der Schlichtungsausschüsse, hinter den Einklinkungen der Regierungsstellen auf die Vertilgung der Industrievermaltungen sieht der Rohbarte und jede Wille, den Deutschen endgültig aus der Arbeitslosigkeit zu verdrängen. Die Wohnende merkt die Stilllegung eines Werks, der Deutschen ist es, weil dort noch deutsche Arbeiter Brot haben. Der Projektant der Arbeitslosen ist unter den Deutschen fast doppelt so hoch wie der der Gesamtbevölkerung. Ein geheimes Todesurteil wird an den Deutschen Ostoberschlesiens vollstreckt. „Gib keinem Deutschen Brot, laß keinem Deutschen kein Brot!“ Das ist der Kampfgebot für den Vernichtungskrieg gegen das Deutsche Volk. Und wer sterben, verenden und aus den Familien liegen am Wege. Arbeiterfamilien, in denen der Vater und drei, vier erwachsene Söhne seit Jahr und Tag arbeitslos und ausgebeutet sind. Die Wohlfahrtsunterstützung beträgt 16 Joty für den Monat. Die letzten Anzüge sind verfallenen, die Möbel, die Betten verkauft, der Hunger ist hier in der verödeten Wohnung und die Hoffnungslosigkeit.

Da sind Familien deutscher Ingenieure und Erzhauer und Steiger. Die Arbeitslosenunterstützung ist abgelaufen, die letzten Erbsparnisse

verzehrt, der Hausrat, einst mit viel Freude angekauft, wird um armselige Größen verkauft, die Wohnung muß aufgegeben werden, die Kinder mußten die Höchste Schule verlassen, die Frau lebt bei ihren Eltern, der Mann bei seinen Verwandten, oder er lebt in Brutten in einer Schlafkiste, wenn er Arbeitsbrot für ihn, und sucht verzweifelt irgendeine Hilfszusage. Familien, die einst ein behagliches Stück Behagen, Kultur, Eigenleben gehabt haben, sind verfallen, hoffnungslos proletariatisiert. Gewerbetreibende, Handwerker sind durch die rückständige und brutale Arbeitsverteilung um ihre Existenz gebracht, Werkstoff und Veden sind geschollen, ausgegeben, der Rest des Warenbestandes mußte vertrieben werden; Sie begeben keinerlei Unterstützung, für sie gibt es keine Hilfe, jede Krankheit, die Geburt eines Kindes, ein Lebensfall bedingen die Vernichtung der Existenz. Die Sozialisten, die in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre die deutsche Bevölkerung in der deutschen Arbeiterbewegung vertreten durch Polen. Ein deutscher Handelsvertreter hatte in einem der letzten Monate 8 Joty um Lebensunterhalt für sich und seine Familie. In qualvoller Eintönigkeit und Mangellosigkeit wiederholte sich die Geschichte: Verkauf des Hausrats, Verlust der Wohnung, Zusammenbruch, Selbstmord des Familienvaters, Frauen von Angeheulten gehen „auf die Straße“ und den Kindern Brot kaufen zu können. Ein Arzt findet einen Selbstmord auf dem Totenbett. Die Angehörigen jenseits ihrer Hüfte unter den munden, aufgelassen Körper, weil auch nicht ein Stück Einzugszug mehr da ist. Es liegt über ungeschätzten solcher sterbenden Familien eine schwere, dumpfe, hoffnungslose Mühseligkeit. Noch helfen Angehörige oder kirchliche und private Stellen den deutschen Volksgenossen nach Kräften, aber die Hilfe dauert je länger, je mehr gegenüber der steigenden Not. Zumal die Reichsbesessenen finden nur in Ausnahmefällen Hilfe bei privaten Stellen. Die Sozialisten, die einst bei belandeten Bunkeln, die die Ausländer mit merkwürdigen Ermessen kaum je wieder Arbeit und Stellung und Brot in Ostoberschlesien finden werden. Es ist eine quälende Frage, wer dem deutschen Sterben in Ostoberschlesien Einhalt gebieten wird. Alle Kräfte der Verantwortung und Hilfe müssen lebendig werden. Das ist die erste Forderung, die die deutsche Not im Reiches Sozialpolitik, des Ehrenpräsidenten der ausländischen „Dringenden vom Wahlkampf 1930, an alle Deutschen im Reiches trotz eigener Armut und Bedrängnis stellt. („Deutsche Morgenpost“, Deutsches)

Landesverband Niederelschen.

Ortsgruppe Drossen. 22 Mitglieder und Nichtmitglieder hatten sich zusammengefunden zu einer Fahrt in die Olgarten, die Verhältnisse im Olgarten, besonders aber die naturwüchsige Grenzgestaltung, näher kennenzulernen. Die Fahrt leitete der frühere langjährige Vorsitzende der Ortsgruppe, Steinmetzmeister Scholz. Im Autobus ging es über Zielensjö-Meieritz nach Neu-Venthsen, wo die Fahrtteilnehmer vom Vorsitzenden sowie einigen Mitgliedern der Ortsgruppe Neu-Venthsen begrüßt wurden. Nach einer kurzen Kaffeepause folgte eine Besichtigung des Ortes, vor allem der evangelischen Kirche, des Gemeindefaßes, der neuzeitlichen Schule am Hünenburgstieg und des Grenzschloßhofs. Hier sei sich ein kleiner Wald, der nach Schloß Rendsburg, das von drei Seiten von der polnischen Grenze eingeschlossen ist und nur von der Westseite aus eine deutsche Zufahrtstraße besitzt. Am Schloß empfing und begrüßte die Teilnehmer ein alter deutscher Landsmann, welcher einigen Fahrtteilnehmern noch in guter Erinnerung vom alten Venthsen der war. Hier wurde als Gegenstück zu der ganz neuen Stadt Neu-Venthsen ein altes Schloß mit seiner herrlichen Parkanlage besichtigt. Die Schloßkapelle, in der der Schloßherr Steinmetzmeister Scholz feierlich vom Alt-Venthsen aus einen Altar sowie Gärten in seinem Elb-Parke aufgeführt hatte, machte besonders Eindruck. Beim gemeinsamen Mittagessen in Neu-Venthsen richtete Dachhändler Paul Collatz beliebige Dankesworte an die Führer von Neu-Venthsen, die ihrerseits wieder für den Besuch dankten. Um 2 Uhr begann die Fahrt nach Lirfischiel, wo die Drossener Ortsgruppe von dem Vorsitzenden sowie einigen Damen der Ortsgruppe des Königin-Vulke-Bundes an der evangelischen Kirche empfangen und begrüßt wurde. Auf dem deutschen Hofenriedhof hielt Herr Fischer eine Ansprache, in der er der Felden gedenkte, welche in dem Kampf um ihre Heimat ihr Leben opferten. Seine Rede klang aus in das Gedächtnis I. Strophe so laut: „Das ist das Merkmal der Schande, die über Deutschland kam. Schranken im eigenen Landel Brüber, blick nieder vor Scham.“ Anschließend wurde von dem Schloßherrn als äußeres Zeichen des Dankes ein Kranz niedergelegt mit dem Geleitwort „Sie haben getan, was sie konnten.“ Hierauf wurde die Alt- und die Ruhestätte von Lirfischiel, sowie der Grenzübergang mit dem deutschen und dem polnischen Schlagbaum

besichtigt. An diesem Übergang nach Polen konnten die Mitglieder der Fahrt die ungläublichsten Mißstände und Verhältnisse, die sich hier einmal jugendlich hatten, erfahren. Unter anderem wurde an der Grenze auch das Haus der Weidenhölzlerin besucht, das von der Grenze durchschnitten wird.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Jugendgruppe Schönebeck (Elbe). Am 10. Juli 1932 begingen wir auf dem Hummelberg die Feier unseres einjährigen Bestehens, zu der auch die Jungfrau Magdeburg erschienen war. Mit Sang und Klang, die Wimpel voran, ging es hinaus nach dem schon gegangenen Hummelberg. Dort hielt der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Störing, eine kurze Ansprache. Vorführungen und Spiele bereicherten die Jugendfeier von Magdeburg und Schönebeck überreichten einige Wimpelbänder.

Landesverband Westfalen-Rheinland.

Di. Ortsgruppe Glatz-Rauel 3. früher Hahnbühl, hielt am 24. Juli im Vereinslokal Koch eine Versammlung ab, zu der auch der Bezirksführer des Landesverbandes Westfalen und Rheinland, Landsmann Breitenbach aus Wanne-Eickel, erschienen war. Der Ortsgruppenvorsitzende, Landsmann Guberli, begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und deren Frauen und den Landesverbandsgeschäftsführer. Aus der umfangreichen Tagesordnung ließ folgendes besonders zu bemerken: Die Ortsgruppe veranstaltete am Sonntag, den 28. August d. J., in den schönen Gartenanlagen des Vereinslokals das 10jährige Jubiläum, verbunden mit einer öffentlichen Kundgebung, zu welcher sämtliche Orts- und Frauengruppen sowie Jungfrauen des Landesverbandes Westfalen und Rheinland, sowie die örtlichen heimattreuen Verbände eingeladen werden sollen. An diesem Tage wird sich auch die neu gegründete Jungfrau der Ortsgruppe präsentieren. Zwischenbühnen hielt der Landesverbandsgeschäftsführer einen längeren Vortrag über Siedlungsmöglichkeiten und über Entschädigungsfragen. In seinem Schlusswort mahnte der Landesverbandsgeschäftsführer zu festem Zusammenhalt innerhalb der Ortsgruppe und der großen Organisation des Deutschen Ostbundes. Mit einem selbst feierlich der Ortsgruppenvorsitzende die harmloslich verlaufene Versammlung.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Kommerzienrat Richard A. Kilmannns-Romno †.

Am 25. Juli ist der bedeutendste Führer und Förderer des Deutschtums in Altitalien, Kommerzienrat Richard A. Kilmannns-Romno, im 80. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene ist als Sohn eines rheinischen Industriellen in Gießen (Hessen) geboren; er hat zum Vordere ein politisches Studium und in großen Handels- und Industriunternehmen Deutschlands die praktischen Erfahrungen gesammelt, die er dann in ungehört erfolgreicher Weise verwertet hat, als er, während im Jahre 1878 nach Romno ging und dort eine Zigaretten- und Schraubenfabrik gründete, die — ohne die Stützen in Kongressen und Ausland — eine der größten Fabriken dieser Art in Europa wurde. Die Fabrikanlagen, in denen vor dem Kriege über 2000 Arbeiter beschäftigt waren, bildeten mit Schiefer- und Angestelltenwohnungen ein ganz deutsches Stadtviertel von Romno. Der Krieg zerstörte die Grundlagen des Unternehmens, den weiten ruffischen Absatzmarkt. Heute sind in der Kilmannns-Romno- und Schraubenfabrik in Romno nur noch einige hundert, fast durchweg deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Kilmannns war an einer Reihe der größten Unternehmungen Italiens als Gründer, Aufsichtsratsvorsitzender u. m. beteiligt, so an der Vitruvianischen Kommerzbank, der Verleumdungsgesellschaft „Vittorio Vagabond“, der Schokoladenfabrik „Elko“ u. a. Was seinen Anteil an der Deutung Altitaliens zu einem unerlöschlichen Verleih macht, ist sein stets lebhaftes, geliches und finanzielles Interesse für die Entwicklung des deutschen kulturellen und wirtschaftlichen Organisationslebens. Schon vor dem Kriege rief er in Romno — namentlich für die zahlreichen Deutschen seiner Unternehmungen — eine höhere Handelsschule ins Leben, die er bis zu seinem Tode unterstützt hat. Seit 1904 war er Vorsitzender des Kommerzial- und evangelischen Kirchenrates sowie Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftskomitees, an dem er auch die deutschen Kulturorganisationen teilnahm. Er hat zum Bau fast aller evangelischen Kirchen des Landes namhafte Summen gespendet. Ebenso hat er dem deutschen Schulwesen in Altitalien, dem er seine besondere Fürsorge zuteil werden ließ, reiche Mittel zur Verfügung gestellt: das deutsche Gymnasium in Romno und viele andere deutsche Verwaltungen danken ihm ihr Entstehen. Dank seines großen Ansehens, das er als Geschäftsmann früher bei den russischen und dann italienischen Behörden genoss hat vor dem Kriege auch den italienischen Kulturorganisationen seinen Einfluß unterstellt, ist es ihm oftmals gelungen, die Lage der Deutschen zu bessern. Es gibt keinen deutschen Verein und keine sonstige deutsche Institution in Altitalien, die in ihm nicht den fest hilfsbereiten Förderer gefunden hat. Vitruvian, der in dem deutschen Industriellen Kilmannns einen seiner fähigsten Wirtschaftler verloren. Es ist Ehrenpflicht der Deutschen im Reich,

dieses stets vorbildlichen Auslandsdeutschen zu gedenken und dafür Sorge zu tragen, daß das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Werk, das seine Ecktaste und Volkstumstreu im Nordosten vor den Grenzen des Reiches aufgerichtet haben, nicht jüngerem geht, sondern weiterhin Früchte trägt zum Besten der Deutschen Altitaliens und zum Ruhm des Reiches.

Oberpräsident Dr. Siehr zurückgetreten.

Auf eigenen Antrag wird der Oberpräsident von Ostpreußen, Dr. Siehr, durch das preussische Staatsministerium am 1. Oktober 1932 in den Ruhestand versetzt; er wurde mit sofortiger Wirkung die Bahn beurlaubt. Sein Nachfolger wurde Vizepräsident Dr. Steinhoff bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften beurlaubt, wobei Wiederernennung durch den Reichskommisär für das Land Preußen in Aussicht genommen ist. Mit der Vertretung des Oberpräsidenten Dr. Siehr ist Oberregierungsrat Agricola von der Regierung Königsberg einstweilen beauftragt. Oberregierungsrat Agricola wurde 1875 in Eilenau (Schlesien) geboren und entstammt einer alten Juristenfamilie. Schon als junger Beamter war er im Osten tätig, zunächst in Graudenz. Nachdem er später längere Jahre nach in Pilschens und Breslau verbracht hatte, wurde er nach Ostpreußen versetzt. Im Anschluß an eine langjährige Tätigkeit in Allenstein wurde er schließlich zum Oberregierungsrat in Königsberg befördert, wo er als Referent für Domänen und Forsten im Oberpräsidium fungierte.

Rector i. R. Dr. Carl Wolff 80. Jahr alt.

Eine in Frankfurt a. d. O. sehr bekannte Persönlichkeit, Rector i. R. Dr. phil. Carl Wolff, feierte am 8. d. 80. Geburtsdag. Dr. Wolff leitete jahrelang die Bürger-(Rathen-Mittel-) Schule, auch war er in Frankfurt lange Zeit Stadtverordnetenvereiner.

Professor Seligo †.

Am Schreibtisch in bewährter rühmlicher Tätigkeit ist am 1. August im 74. Lebensjahre der verdienstvolle Danziger Gelehrte Professor Dr. Arthur Seligo gestorben, ein liebenswürdiger, allseitig hilfsbereiter Mitarbeiter in wissenschaftlichen Vereinen, ein unermüdlicher Förderer der Wissenschaft. Aus Posen stammend, hat Seligo nach photomechanischen und allgemein naturwissenschaftlichen Studien in Königsberg und Königsberg, dann an der Universität Breslau den Doktorgrad erworben, einen mittleren Studien über Mikroorganismen des Wassers, und bald darauf das philosophische Staatsexamen abgelegt. Nach einer kurzen Tätigkeit am Realgymnasium zu St. Johann in Danzig widmete er sich fortan ausschließlich seiner Fachwissenschaft. 1884 bereiste er im Auftrage des Westpreussischen Schülerevereins zu schülerwissenschaftlichen Untersuchungen den Weichselnebenfluß, die Tremsen, 1886 wird er von

diesem Verein als Wanderlehrer und Geschäftsführer nach Danzig berufen. Eine umfangreiche und intensive Tätigkeit begann. Sie galt der Weisheit, den großen preussischen Lebensflüssen, den preussischen Seen zu beiden Seiten des Stromes bis tief nach Ostpreußen hinein, auch dem westpreussischen Anteil der Ostsee, der Danziger Bucht. S. hat in den vier Jahrzehnten bis zur Gegenwart Grundlegendes für die Erforschung dieser Gewässer geleistet, zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. Seine Arbeiten fanden Beachtung und Anerkennung in der wissenschaftlichen Welt. Er wurde in den Vorstand des großen Deutschen Sifhervereins gewählt, zu Kongressen auch ins Ausland berufen, aus Anlaß seines siebenzigsten Geburtstages in der Seine wie in der Heimat von all diesen Korporationen hochgeehrt. Noch vor wenigen Jahren hat Professor Seelig im Auftrage der sowjetrussischen Regierung die Wolga zum Zweck wissenschaftlicher Untersuchungen bereist.

Geschäftsblüthe. Am 1. 8. feierte der Bahnhofsmitr Karl Schallhorn das 25jährige Geschäftsblüthe in Jordan, Kreis Bromberg. 15 Jahre innegehabt hatte, wurde er von den Polen vertrieben. Am 1. 8. 1922 übernahm er die Bahnhofsmitrerschaft des Hauptbahnhofs in Celle in Hannover. Das Ehepaar erfreut sich in Celle eines großen Ansehens.

Geldene Hochzeit. Hausbesitzer Herr Heinrich Katschak mit seiner Ehefrau Pauline, geb. Wibel, in Erkner am 22. 8.; am gleichen Tage begeht eine Tochter der Vorgesannten den Tag der silbernen Hochzeit. R. und seine Gattin kommen aus Lindenau im Kreise Elbe, wo sie ein Schwammgeschäft und einen Landwirtschafsbetrieb innehaben; der Ehe entnommen drei Söhne und zwei Töchter; 13 Enkel und Urenkel; eine Tochter blieb in Lindenau.

Sehachte Ostermäcker: Friedrich Pohlke in Hülls i. W., Josefstraße 46, früher Saganseib, am 10. 8. 60 J.; Otto Krause, Kriminalsekretär i. R., in Hannover, Volpersweg 45, am 24. 8. 69 J.; der frühere Müllermeister Emil Sehnert in Schmiegel am 29. 8. 83 J.; Generalmajor Werner Grenzfeuchtl in Götting am 13. 8. 70 J. (E. gehört einer deutschen Familie an, die seit 300 Jahren im Osten wohnt; das Lebenshöfchen von acht Generationen kann verfolgt werden; trotz polnischer Umgebung haben die Vorfahren nur Deutsche als Gattinnen gewählt; der General fand 1914 in Polen als Oberst, wurde am 13. 9. 1915 Kommandant in Kowno, wo er bis 1. 7. 1917 verblieb; er lebt jetzt im Ruhestand in Götting); Hausbesitzer Karl Strohmald in Thomasowdau, Kreis Bunzlau, früher in Friedr.sburg, Kreis Schrimm, am 6. 8. 69 J.; Frau Marie Henke, Ehefrau des Schmiedes Christof H. in Gersdorf, Kreis

Bunzlau, früher in Wettin, Kreis Pleschen, am 12. 8. 72 J.; Sanitätsrat Dr. Friedrich Kallfies in Bunzlau, stammend aus Lublin, Prov. Polen, wo sein Vater Piarer war, am 24. 8. 71 J.

Gelobten. Restaurateur Hermann Kammeler in Bochum, Oskar-Hoffmann-Str. 48, früher in Wronke wohnhaft, 57 J.; Gustav Schöms in Brüllow, Kreis Prenzlau, früher in Hohenkirch, Kreis Brielen, Westpreußen, am 13. 7. 26 J. (E. vertrat beim Pferdebad in Brüllow die See vor den Augen des Vaters und der Brüder, ohne daß die Angehörigen Hilfe bringen konnten. An der Beerdigung nahmen sämtliche Mitglieder der Offiziersgruppe Köckitz teil; die Ehrennadel hielt eine St.-Mannschaft).

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

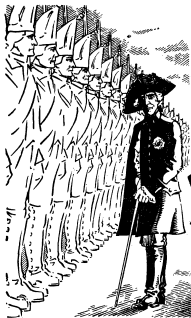
Nus Ostpreußen.

Marienwerder. Der Deutschen Reichspost gehen von polnischen amtlichen Stellen Briefschaften in polnischer Sprache zu, die an Adressen in „Kietzyn in Pomorze“ gerichtet sind. Mit Pomorze bezeichnen die Polen das Korridorgebiet, Pommerellen, ein „Kietzyn“ aber gibt es im Korridor nicht, und schließlich wäre es auch der polnischen Post, Briefschaften im Korridor zu bestellen. Eine „Klärung“ sah das „johannische“ „Verhalten“ der polnischen Post, als man erdachte, daß die Polen der guten alten deutschen Stadt Marienwerder einen polnischen Namen gegeben haben. Sie nennen sie „Kietzyn“. Was soll aber das „in Pomorze“ neben diesem wenig schönen Namen? Sind die geographischen Kenntnisse der polnischen Behörde so gering, daß sie nicht wissen, daß Marienwerder deutlich ist, oder handelt es sich um eine polnische Herausforderung? Die Deutsche Reichspost hat keine Veranlassung, derartig adressierte Briefe zu befördern. Und wenn sie es trotzdem tun sollte, so könnte dagegen nicht schnell genug protestiert werden. Die Deutsche Reichspost ist nicht dazu da, polnische Machtgefühle, die sich hinter solchen Ortsbezeichnungen verbergen, zu unterstützen.

Königsberg. Nach den Feststellungen des Preussischen Statistischen Landesamtes sind von 123 Personen, die ihr hundertstes Lebensjahr vollendet haben, noch 17 im Leben. Der älteste Mann in Preußen ist 106 Jahre alt und lebt in Ostpreußen.

Aus der Grenzmark und Ostpommern.

Schneidemühl. Zum ersten Male seit dem 10jährigen Verlehen der Preussischen Grenzmark-Polen-Wehrpatrie veranstaltet der Grenzmark-



**Wertvolle Gutscheine
Prächtige Knaifformbilder**

**STURM ZIGARETTEN
G.M.B.H. DRESDEN**

Ein gesundes Volk geht niemals zugrunde, weil ihm zur rechten Zeit der rechte Führer ersticht, der unbekümmert um Schicksalsschläge neue, rettende Fronten errichtet.

Für den verwöhnten Raucher hat unser Werk die Neue Front aus edelsten Tabaken herausgebracht und unbefieglar gemischt.

Neue Front
64



dient als Kontrolle für freie Volkshilfsarbeit und Deutschumpflege im September d. J. im Scheidezimmer Reichsdankhaus eine Ausstellung „Kunst und Schrifttum“, die einen Überblick über die schaffende bildende Kunst der Heimat und über das Schrifttum der Provinzen Polen und Westpreußen sowie der jetzigen Grenzmark geben soll. Im Zusammenhange mit dem Verlage soll aus der schönen, der mühenhaftigsten und der politischen Literatur eine Auswahl zusammengestellt werden, die gleichzeitig als Werbung für das ostdeutsche Buch gedacht ist.

Stolp. Am 10. Juli waren zwei polnische Offiziere mit einem Zugzug in Strickershagen, Kreis Stolp, gelandet. Die Offiziere, welche ohne genügende Ausrüstung von Püzig nach Bromberg fliegen wollten, hatten sich im Weichselbogen bei Bromberg der Einbruch der Dunkelheit verlor. Sie wurden nach Abfuhr der Untersuchung durch die Landeskriminalstelle dem Gericht in Stolp übergeben, vor dem sie sich wegen Vortäuschens und Verletzung der Flugverkehrsverpflichtung verantworten sollten. Die Verhandlung vor dem Schnellrichter hat jedoch nicht stattgefunden. Der Schnellrichter hat zwar die Schulfrage geprüft, ist aber zu dem Schluss gekommen, daß man den polnischen Fliegeroffizieren vorläufige Grenzverletzung nicht vorwerfen könne. Der Reichsinnenminister erlaubte, von der Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens Abstand zu nehmen, sofern nicht Grundanliegen vorliegen. Die auf Seidenen schickten lassen. Am übrigen, so ließ es in dem Telegramm des Reichsinnenministers weiter, werde die Angelegenheit auf diplomatischem Wege geregelt. Der Führer der polnischen Sportmaschine, Joseph Lewonjowski, 33 Jahre alt, ist ein führender Militärkommandant im polnischen Kriegsministerium; der zweite Flieger ist der Schwager des Flugzeugführers und gehört der Fliegerkassette in Bromberg an. Er hat vor einigen Jahren auch am Europarundflug teilgenommen. Das Reichsverkehrsministerium hat den Fliegern die Erlaubnis erteilt, auf dem Flugwege in gerader Richtung zur Grenze nach Polen zurückzufliegen. Die Flieger haben daraufhin im Flugzug Stolp in Richtung Bromberg verlassen.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Pfleschen. Laut Ministerratsbeschluss werden folgende Landgemeinden im früheren Kreise Pfleschen aufgelöst: die Landgemeinden Dokocon, die der Landgemeinde Dacanowice einmündig wird, die Landgemeinde Somina Błotna, die mit der Landgemeinde Lubina vereinigt wird, die Landgemeinde Karminec (Rothendorf), Karminec Xony und Karminec. Aus diesen drei Gemeinden wird die Gemeinde Karminec gebildet. Durch diese Zusammenlegung, die vielleicht auch manches Gute hat, büßt die letzte deutsche Gemeinde im Kreise Pfleschen ihre Selbstständigkeit ein.

Posen. Der Vorsitzende der Posener Sinakammer teilte der Posener Presse folgendes mit: „Die Unmöglichkeit in der Amtsführung der Sinakammer in der Stadt Posen, vor deren ein Teil bereits durch die Erhebungen der Prokuratur ihren Sitz zu entfernen hat, haben die Sinakameralen veranlaßt, radikale Maßnahmen zu treffen. Das Präsidium des Ministerrats hat sich auf Antrag des Vorsitzenden der Sinakammer damit einverstanden erklärt, daß etwa 100 Beamte aus Posen nach der Provinz versetzt werden, wobei aus grundsätzlichen Rücksichten die Versetzung auf eine bestimmte Anzahl von Beamten beschränkt wurde, die unbescholten sind und keinem Verdacht irgendwelcher Art unterliegen (kosmopolit). Die Versetzungsbefehle wurden den Interessierten bereits ausgeschrieben. In der Weiterverteilung der Ordnung der Sinakammer der Posener Ämter arbeiten auf der Sinakammer 20 qualifizierte Beamte, die für diesen Zweck auf Antrag des Vorsitzenden der Sinakammer aus zehn Sinakammern delegiert worden sind.“

Aus Westpreußen.

Hela. Wenn man schon die Reise ins Ausland durch eine Gebühr von 400 Zloty befreit, dann muß man den Urlaubern, die sich gegenwärtig nach dort verziehen, das Geld, das ihnen das Sinakaminal noch übrig bleibt, im Ausland unterzubringen, auch einiges bieten. Von dieser listlosen Erkenntnis geleitet, kam man am Abend zum Hela vor kurzem auf die keineswegs ungewöhnliche Idee, eine Schönheitskonkurrenz zu veranstalten. Das Publikum mußte mit Rennerblick die Parade der Schönen und erkannte in „Kr. 10“ die Krone der Schöpfung. Man fragte nach ihrem Namen, worauf die Schöne schüchtern erwiderte: „Hoffmann“. Woher sie stammte? „Aus Mysłkow“. Und wie ihr Vorname sei? Worauf die Antwort kam: „Ulamowicz“. Wie man sich nun den Schönen beschau, mußte man feststellen, daß man nur Schönheitsschönheit von Hela ein Schönen Annamie Hoffmann aus Wien gekrönt hätte, die sich seit acht Jahren in Mysłkow aufhielt. Der „Kurier Domanski“ schließt seinen Bericht hierüber mit folgenden Worten: „Der König der polnischen Halbinsel hat man eine aus Wien geübte Deutsche gewählt, die das „Polnische radebrecht“. Wenn man die Enttarnung des „Kuriers“ betrachtet, scheint es fast, als ob er das Votationsergebnis von Hela als einen Beitrag zur — Grenzreizungsfrage werte.

Vom Seebienst Ostpreußen.

Gegenüber dem polnischen Boykott gegen Danzig ließ deutscherseits als Gegenmaßnahme „Sonderfahrt“ der Seebienst Ostpreußen nach Danzig unter dem Namen „Hanseatische Sonderfahrt“ eingerichtet werden. Die Grenzreise für deutsche Marktreisende wird für Besucher von Danzig zum Besuche der Zoppoter Waldoper von 200 auf 400 RM. erhöht.

Für die Reise nach Danzig der Seebienst Ostpreußen, Seinemünde — Zoppot — Pillau, den Preis der Beteiligungs auf den „Mortarschiffen“, „Preußen“ und „Sonderfahrt“ auf 450 RM. herabgesetzt. Die Preisermäßigung tritt bereits am 15. August in Kraft, so daß auch die Reisenden der am 16./17. August in Graudenz beginnenden „Hanseatenfahrt zur Schmelzerfahrt Danzig“ die verbilligten Preise zu zahlen haben. Für die Fahrt Graudenz — Pillau kostet die Beteiligungsgebühr 150 RM. (3 Rädte), für die Fahrt Graudenz — Zoppot — Pillau — Memel oder Seinemünde — Pillau 9 RM., für die Fahrt Seinemünde — Zoppot 450 RM. Die bereits in der Vorlesung gewährte Preisermäßigung hat zu einer beschränkten Steigerung des Verkehrs geführt.

Rundreisefahrkarten für Ostpreußen.

Für den innerostpreussischen Touristenverkehr hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Reichsbahndirektion Königsberg, durch Rundreisefahrkarten verschiedener Art wertvolle Erleichterungen geschaffen. Rundreisen werden durch Rundreisefahrkarten auch auf den Schiffen des Seebienst Ostpreußen vorrätig gehalten. Die Schiffsbaumeister finden über die ostpreussischen Reiseverhältnisse gut unterrichtet und bereit, dem reisenden Publikum über Ostpreußen Auskunft zu geben.

Ein Tannenbergfilm.

Die Proseus-Silm G.m.b.H. hat einen neuartigen Kriegsfilm unter dem Titel „Tannenberg“ herausgebracht. Während in den bisherigen Kriegsfilmen ausschließlich das Leben an den Fronten und im Graben und Kämpfe gezeigt wurden, behandelt der neue Tannenberg-Silm sehr wesentlich die Arbeit der Stäbe und die Verbindungen zwischen den Fronten und den Heerführern auf deutscher und russischer Seite. Hierdurch soll der Zuschauer einen Einblick in die strategische Arbeit Hindenburgs und seiner Gegner bei der Schlacht von Tannenberg erhalten.

Dieser Nummer umfaßt 12 Seiten.

Nachruf!

Am heutigen Tage verschied nach langem schwerem Leiden unser langjähriges Vorstandsmitglied, Herr

Karl Lachmann

(früher Bromberg).

Die Ortsgruppe verliert in dem Dahingegangenen ein treues Mitglied, das Vorbild eines ferndeutschen Schwärmers. In seiner Treue zu uns und der verlorenen Ostmark — unsere Heimat — dankten wir ihm durch ein ehrendes Gedächtnis über sein Grab hinaus.

Schwernin, den 4. August 1932

Deutscher Ostbund
ORTSGRUPPE SCHWERNIN

Zur Ablösung werden auf gangbares Grund- und in betrieblicher Stadt, in der Nähe von Berlin, zur 1. Stelle

RM. 5750,-
von Selbstgeber gesucht.

Angebote unter 2632 an das Omland erbeten.

Als Beauftragter wird mir zum Verkauf übertragen: je

ein Gut

abgeteilt in einem Rittergut, 67, 77, 104, 94, 113/7, 101 Mrg. Gute Gebäude, Boden durchweg 1. und 2. Klasse, mit vollem totem u. lebendem Inventar, beste Gegend Schlesiens. Desgl. Gut von 240 und 300 Mrg., außerdem eine Wirtschaft, 73 Mrg., mit nur totem Inventar, Acker in einem Plane, pr. Fläche 27.000 RM. Anz. 12.000 RM. Ein Teil Reichsliquidationsforderungen wird in Zahlung genommen. Bewerber erhalten gegenwärtig: Anz. 601 Grodnick, Breslau, Carlstr. 40/41.

Gutgehendes

Lebensmittel-gelände

i. Mittelstadt der Westpreignitz Umstände halber sofort gegen Barzahlung zu verkaufen. Angebot unter 2634 an das Omland erbeten.

★

Aus Anlaß des 50. Geburtstages unseres Präsidiumsmitgliedes Dr. Franz Lüdke brachte die Zeitschrift „Heilige Ostmark“ ein Sonderheft heraus:

Franz Lüdke
Studie u. Herbert Menzel

(Preis 0,40 RM., ab 10 Stüd 0,35 RM., ab 25 Stüd 0,30 Mart.)

Bestellungen sind unter Vereinerung des Betrages auf das Postkontto des Deutschen Ostbundes, Berlin 104726 zu richten an die Kulturstelle des Deutschen Ostbundes, Berlin W. 30, Mosstr. 22.

★

